

Staat und Land finanzieren sich mehrheitlich über die von Arbeitnehmern und Rentnern gezahlten Steuern!

Unsere Vorschläge für ein gerechteres Steuersystem

- > Weniger Steuerdruck auf Arbeit
- > Weniger Steuerdruck für Betriebe, die investieren und Arbeitsplätze sichern
- > Bekämpfung der Steuerhinterziehung
- > Höhere Besteuerung von Vermögen und Finanzrenditen
- > Eine bessere Familienförderung



Die Forderungen des SGBCISL auf lokaler Ebene

> Der regionale Irpef-Zuschlag muss abgeschafft werden!

Den Unternehmern in Südtirol ist die Irap-Senkung gewährt worden. Wir fordern von der Landesregierung dasselbe für Arbeitnehmer und Rentner: eine Steuererleichterung auf lokaler Ebene. Die fehlenden Steuereinnahmen dürfen aber nicht auf Kosten letzterer gegenfinanziert werden. Die Abschaffung des regionalen Irpef-Zuschlags ist seit kurzem möglich. Diese bringt dem Land jährlich ca. 65 Mio. Euro ein. Die Steuerersparnis würde für jeden Steuerpflichtigen immerhin zwischen 150 und 250 Euro pro Jahr betragen.

Die Forderungen der CISL auf gesamtstaatlicher Ebene

> Einkommenssteuer senken: höhere Nettolöhne und -renten kurbeln den Konsum an

Was die Besteuerung der Arbeit und der Renten anbelangt, liegt Italien europaweit im Spitzenfeld. In Anbetracht der Quellenbesteuerung und der Steuerhinterziehung trifft die progressive Besteuerung vor allem Arbeitnehmer und Rentner. Die Zahl der Einkommenssteuersätze muss verringert und der niedrigste Steuersatz von 23 auf 20% gesenkt werden.

> Einfachere Familienförderung dank des "Neuen Familiengeldes"

Derzeit gibt es die verschiedensten staatlichen Unterstützungsleistungen für Familien. Allerdings ist das System für den Bürger zu kompliziert, zu umständlich und so manche Leistung zu gering. Sämtliche Unterstützungsmaßnahmen in eine einzige Leistung zusammenzufassen brächte eine Vereinfachung des Systems. Zudem könnte die Zahl der Anspruchsberechtigten erhöht werden.

> Steuerhinterziehung bekämpfen

Geschätzte 100 Milliarden Euro entgehen jährlich dem italienischen Fiskus. Diese hinterzogenen Steuern einzutreiben hieße mehr Geld für Arbeitnehmer und Rentner aufwenden zu können. Zahlungen an bestimmte selbständige Berufsgruppen müssen wieder verpflichtend per Karte oder Überweisung erfolgen, da dem Verschweigen von Einkommen so ein Riegel vorgeschoben wird. Wenn Private bestimmte Ausgaben steuerlich in größerem Maße absetzen könnten, würden sie für diese Arbeiten/Leistungen stets die Belege verlangen, wodurch der Fiskus Umsätze erfassen kann, die ihm sonst entgangen wären.

> Weniger Steuern für Betriebe, die investieren und Arbeitsplätze sichern

Kein Gießkannenprinzip, sondern gezielte Unterstützung für jene Betriebe, die investieren und für gute und sichere Arbeitsplätze sorgen.

> Besteuerung von Vermögen und Finanzrenditen erhöhen

Die Steuererleichterungen für Familien sollten teils durch die höhere Besteuerung von Vermögenserträgen und Finanzrenditen kompensiert werden. Finanzrenditen sind derzeit mit vergleichsweise geringen 12,5% besteuert (EU-weit sind es durchschnittlich 20%). Es wäre gerecht, diesen Steuersatz auf 20% anzuheben. Banksparanlagen, die traditionelle Sparanlage der Einkommensschwächeren, sollten ebenso mit 20% statt wie derzeit mit 27% besteuert werden. Ebenso sollte auf Luxusgüter ein höherer Mehrwertsteuersatz angewandt werden.